

Politische Bildung im Kontext Europas

Bildungstheoretische und bildungsprogrammatische Schwerpunkte

Christine Zeuner

Zusammenfassung

Ziel des Beitrags ist es, einen Überblick über bildungstheoretische und bildungsprogrammatische Ansätze zur politischen Bildung im Kontext Europas zu geben. Dabei geht es zum einen um die Entfaltung des bildungspolitischen Diskurses, bezogen auf die „aktive Bürgerschaft/active citizenship“, eine der Zielsetzungen der EU-Konzepte zum lebenslangen Lernen seit der Jahrtausendwende. Zum anderen wird vor dem Hintergrund der Debatten um „Active Citizenship“ diskutiert, inwiefern Ansätze der „Education for Citizenship“ zur Entwicklung einer europäischen Identität der Bevölkerung beitragen können, um ein gemeinsames Verständnis für ein geeintes Europa zu entwickeln, das über rein ökonomische Perspektiven und Zielsetzungen hinausgeht.

Zum Kontext der aktuellen Diskussion

Das Jahr 2013 wurde von der Europäischen Kommission zum „Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger“ erklärt („European Year of Citizens“, vgl. europa.eu/citizens-2013/de/home; vgl. European Commission 2013), nachdem der Europarat 2005 das „European Year of Citizenship through Education“ und 2008 das Jahr des „Intercultural Dialogue“ ausgerufen hat. „Bürgerkompetenz“ und die Entwicklung eines europäischen Zugehörigkeitsgefühls wurde von 2007 bis 2013 durch das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ der Europäischen Kommission (Europäische Kommission 2007) und 2011 durch das „Europäische Jahr der Freiwilligkeit zur Förderung der aktiven Bürgerschaft“ gefördert.

Hintergrund der erneuten Initiative ist die Europawahl im Jahr 2014. Die der europäischen Bevölkerung nachgesagte Europamüdigkeit soll durch Veranstaltungen überwunden werden, in denen zur aktiven Beteiligung an europäischen Entscheidungsprozessen angeregt wird und Wege der Einflussnahme aufgezeigt werden. Das „European Year of Citizens“ ist als eine erneute EU-weit angelegte Kampagne der politischen Bildung oder „Education for Citizenship“ zu verstehen. Sie zielt darauf,

die Integration Europas zu unterstützen und bei der Bevölkerung eine positive Grundstimmung gegenüber Europa zu erzeugen, entsprechend den Grundsätzen des Vertrags von Amsterdam von 1997. 1998 definierte die Europäische Kommission eine Idee von Citizenship, die, hinausgehend über Wissensaneignung von politischen Strukturen und Prozessen, auf Identifikation mit dem Projekt Europa zielt:

„(...) This implies that a more holistic conception of citizenship is more appropriate to modern European society, which can incorporate legal, political and social elements as well as working critically with a foundation of diverse and overlapping values and identities. (...) The practice of active citizenship is thus focused on the process of critical reflection, and is not automatically prestructured by a fixed list of norms and values.“ (European Commission 1998, 11)

Citizenship Education soll also Verständnis dafür wecken, dass die Bürgerinnen und Bürger selbst die EU gestalten können. Dieser Anspruch ist seit der Zuschreibung der Unionsbürgerschaft im Maastrichter Vertrag von 1993 nicht neu. Ebenso wenig wie die geringe Beteiligung der Bevölkerung an den politischen Prozessen der EU und die gleichzeitigen Klagen darüber. Vielmehr trifft für Europa zu, was der Soziologe Oskar Negt in Bezug auf die Weiterentwicklung der Demokratie in Deutschland betonte: *„Demokratie ist die einzige politisch verfasste Gesellschaftsordnung, die gelernt werden muss* – immer wieder, tagtäglich und bis ins hohe Alter hinein“ (Negt 2012a, 13, Hervorhebung im Original, C.Z.).

Gleiches gilt für die Integration Europas. Auch die Zugehörigkeit zu Europa muss von jeder Generation neu gelernt werden. Ihr Ursprung als Wirtschaftsgemeinschaft und ihre allmähliche Entwicklung in Richtung einer politischen und sozialen Union, die sich auf gemeinsame Werte wie „die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit, und die Wahrung der Menschenrechte“ beruft (vgl. Europäische Union 2010, Art. 2), ist in Bezug auf die Vermittlung ein un abgeschlossenes Projekt.

Schwierigkeiten liegen in der ständig erforderlichen Integration neuer Mitglieder, in den unterschiedlichen Interessen, die mit der Mitgliedschaft in der EU verbunden werden sowie, in den letzten fünf Jahren, in den Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise. Sie hat die Mitgliedstaaten in unterschiedlicher Weise betroffen, Konkurrenz und Misstrauen zwischen Staaten erzeugt und die ohnehin bestehende Europaskepsis vieler Menschen weiter genährt. Ein „Europäisches Jahr der Bürgerinnen und Bürger“ beinhaltet also mehr als Symbolik. Es soll zum Verständnis und zur Akzeptanz Europas beitragen und damit auch aufklärend gegen zunehmende antieuropäische Tendenzen wirken.

Aus der Sicht der EU beruht das Misstrauen der Bevölkerung gegenüber der EU einerseits auf dem geringen Wissen über Strukturen und Entscheidungswege der EU, sowie auf den widersprüchlichen Erfahrungen mit den Auswirkungen der europäischen Politik. Andererseits ist das Denken weitgehend nationalstaatlich geprägt, wober auch die Interessen an die EU definiert werden. Dies führt dazu, dass die EU

nicht immer als die übergeordnete, richtungsweisende Instanz mit weitgehenden Befugnissen akzeptiert wird, die ihr durch diverse Verträge zuerkannt wurden. Dieses Dilemma wird von Ulrich Beck und Edgar Grande folgendermaßen charakterisiert:

„Europa ist kein fixierter und konservierter Zustand. Europa ist ein anderes Wort für variable Geometrie, variable nationale Interessen, variable Betroffenheit, variable Innen- und Außenverhältnisse, variable Staatlichkeit, variable Identität. Das gilt auch für den institutionellen Kern der Europäisierung, die EU. In einer ersten Annäherung lässt sich die EU nur als Gegenbild einer statischen staatlichen Ordnung begreifen. Die EU ist ein *institutionalisiertes Mehr und Weiter*, sie ist auf Bewegung angelegt, auf einen Innen und Außen übergreifenden und verflechtenden Prozess.“ (Beck/Grande 2004, 16; Hervorhebung im Original, C. Z.)

Es ist bisher kaum gelungen zu vermitteln, welche langfristigen Vorteile die EU als supranationales Staatenkonglomerat für die Einzelstaaten und die Menschen haben kann. Dabei geht es nicht nur um wirtschaftliche Vorteile – die durch die anhaltende Krise für viele Mitgliedstaaten tatsächlich zweifelhaft erscheinen –, sondern auch um politische und soziale Errungenschaften. Dieser Kontext beeinflusst Wahrnehmungen und Einschätzungen über Europa erheblich. Er ist auch Hintergrund für Bemühungen der EU, mithilfe bildungspolitischer Maßnahmen die Akzeptanz für Europa bei der Bevölkerung zu erhöhen und den Integrationsprozess zu unterstützen. Ziel ist es, Europa nicht nur – wie in den Anfängen der EWG – als Wirtschaftsgemeinschaft zu begreifen, sondern als einen gemeinsam zu gestaltenden politischen, sozialen und kulturellen Raum. Europa soll von einer europäischen Identität getragen werden, um stabile politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Strukturen zu schaffen, die allen Mitgliedstaaten nützen.

Im folgenden Beitrag werde ich zunächst Grundzüge der europäischen Bildungspolitik, bezogen auf die politische Bildung bzw. „Citizenship Education“ darstellen. In einem zweiten Schritt werde ich fragen, inwiefern Citizenship Education geeignet ist, die Entwicklung europäischer Identität zu unterstützen, die von der Bevölkerung der Mitgliedstaaten komplementär zur individuellen und nationalen Identität verstanden wird. Denn, so meine These, die EU wird als supranationales, den Mitgliedstaaten übergeordnetes Staatenkonglomerat nur dann von der Bevölkerung akzeptiert werden und Bestand haben, wenn durch die Entwicklung eines kollektiven Bewusstseins gemeinsame, tragfähige Zielsetzungen und Wertvorstellungen für Europa definiert werden.

Ausgangspunkt: Die Krise in Europa und die Frage des Zusammenhalts

Europa befindet sich seit 2008 in einer anhaltenden Finanz- und Wirtschaftskrise, die die Mitgliedstaaten in unterschiedlichem Maße trifft und deren Auswirkungen und Konsequenzen bislang nicht absehbar sind. Neben der Finanz- und Wirtschaftskrise

ist aber auch eine politische, institutionelle und soziale Krise zu konstatieren, deren Folgen ebenfalls unkalkulierbar sind (vgl. Guérot 2013, 4).

Die Finanzkrise verdeutlicht zudem tiefere Probleme der EU: Die Auswirkungen der schon seit längerem thematisierten politischen Krise der EU wurden durch das Handeln der Kommission und der EZB in den letzten fünf Jahren wesentlich offensichtlicher. Die Klage über das Demokratiedefizit der Europäischen Union ist nicht neu (vgl. Eppler 2013, 32). Zwar verfügt die Union mit dem Europäischen Parlament für die Bürger und dem Ministerrat für die Regierungen der Mitgliedstaaten über mandatierte Eingriffsmöglichkeiten (vgl. Europäische Union 2010, Art. 10). Trotzdem ist eine Kontrolle der EU-Kommission schwierig, was als grundlegendes, strukturelles Konstruktionsproblem der EU gewertet wird (vgl. Oeter 2009).

Mit der Verabschiedung des Weißbuchs „Europäisches Regieren“ im Jahr 2001 trägt die EU dem Problem der fehlenden Akzeptanz europäischer Politik auf unterschiedliche Weise Rechnung (Kommission der EG 2001). So wurde anerkannt, dass neben den Regierungen und der Wirtschaft auch der Zivilgesellschaft bei der Gestaltung der EU eine wichtige Rolle zukommt. Das Weißbuch definiert fünf Grundsätze „guten Regierens“: Offenheit, Partizipation, Verantwortlichkeit, Effektivität und Kohärenz sollen eine stärkere Einbindung der Zivilgesellschaft und der Bevölkerung in politische Prozesse und Entscheidungen bewirken (Kommission 2001, 13). Auch, damit sich die Bevölkerung stärker mit der Europäischen Union identifiziert, sie nicht nur als politische Institution wahrnimmt, sondern als einen „transnationalen Raum“, für den sie ein emotionales Zugehörigkeitsgefühl entwickelt (ebd.).

Allerdings präsentiert sich Europa der Bevölkerung durchaus ambivalent: Auf der einen Seite hat der Einigungs- und Integrationsprozess zu einer langen Periode des Friedens, der Durchsetzung von Demokratie und Menschenrechten geführt, gepaart mit Freizügigkeit und freiem Warenwirtschaftsverkehr. Dies führte für viele Menschen zur Anhebung des Lebensstandards und damit der Lebensqualität. Diesen Vorteilen stehen auf der anderen Seite z. B. ein Verlust an nationalstaatlicher Autonomie in einigen Politikbereichen und eine Vereinheitlichung und damit teilweise Absenkung von Sozial- und Umweltstandards durch eine zunehmende Liberalisierung der Märkte gegenüber (vgl. Lübke-Wolf 2009). Ein Dilemma, das auch die EU-Kommission erkannt hat und dem durch Aufklärung begegnet werden soll, unter anderem durch das „Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger.“

Politische Bildung in Europa als bildungspolitisches Handlungsfeld

Die Bildungspolitik in der Europäischen Union ist, verglichen mit Bereichen wie Wirtschafts-, Sozial- sowie Außen- und Sicherheitspolitik eher unreguliert und wenig sichtbar für die Öffentlichkeit (vgl. Schmidt/Schünemann 2009). Die Geschichte der EU, von der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, gegr. 1951) bis zur Gründung der EU 2007 (Vertrag von Lissabon, ratifiziert 2009), beruht im Wesentlichen auf wirtschaftlichen Interessen. So hob der Europäische Rat in seinen Schlussfolgerungen einer Sondersitzung im März 2000 das strategische Ziel hervor, die EU bis 2010 „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten

Wirtschaftsraum der Welt zu machen – einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen“ (Europäischer Rat 2000, Kap. 5). Zwar wurden mit dem Maastrichter Vertrag von 1993 und den nachfolgenden Verträgen von Amsterdam (1997), Nizza (2001) und Lissabon (2007) neben wirtschaftlichen Aspekten auch politische, soziale und kulturelle Zielsetzungen definiert, sie bleiben aber eher im Hintergrund.

Ausgangspunkt einer intensiven Diskussion über die zukünftig zu verfolgenden Ziele einer europäischen Bildungspolitik war das im Jahr 2000 veröffentlichte „Memorandum über Lebenslanges Lernen“ (Kommission der EG 2000), dem zahlreiche Dokumente folgten (vgl. Schreiber-Barsch/Zeuner 2007). Das Memorandum forderte nicht nur ökonomisch verwertbare Wissensaneignung, vielmehr wurde der Bildungsbegriff erweitert. So steht neben der Forderung, Basisqualifikationen zu vermitteln, in die Humanressourcen zu investieren, Lehr- und Lernmethoden zu verbessern und Gelerntes zu zertifizieren, auch der Anspruch zur „Ermutigung und Befähigung der Menschen zur noch aktiveren Mitwirkung an allen Bereichen des modernen öffentlichen Lebens, vor allem am sozialen und politischen Leben auf allen Ebenen des Gemeinwesens, auch auf europäischer Ebene“ (Kommission der EG 2000, 5). Dies spiegelt die Forderungen, die bereits 1998 in einem Dokument der EU-Kommission zur „active citizenship“ formuliert wurden, das aber nicht breit rezipiert wurde und weitgehend unbekannt blieb (European Commission 1998).

Die Dokumente zeigen, dass Citizenship Education als Bildungsprozess verstanden wird, der einerseits auf die Aneignung und Vermittlung von Wissen über politische Zusammenhänge das Ziel politischer Partizipationsfähigkeit verfolgt. Andererseits wird die Entfaltung politischen Bewusstseins und Urteilsvermögens gefordert, im Hinblick auf gesellschaftliche Interessen im Verhältnis zu subjektiven, objektiven und fremden Interessen. Ein solcher, der Aufklärung verpflichteter Ansatz politischer Bildung verdeutlicht die wechselseitige Abhängigkeit zwischen subjektiven Entwicklungsmöglichkeiten, Handlungsspielräumen und Veränderungsmöglichkeiten gesellschaftlicher Verhältnisse (vgl. Zeuner 2010).

In Folge des Memorandums wurden von der EU verschiedene Konkretisierungsvorschläge erarbeitet, bis hin zu den Empfehlungen des Europäischen Parlaments und des Rates zu „Schlüsselkompetenzen für Lebenslanges Lernen“ (Kommission der EG 2005). Dort wird unter anderem die Notwendigkeit der Entwicklung von „interpersonellen, interkulturellen, sozialen und Bürgerkompetenzen“ betont (Kommission der EG 2005, 15). Diese Kompetenzen sollen es den Bürger/innen ermöglichen,

„...in effizienter und konstruktiver Weise am gesellschaftlichen und beruflichen Leben teilzuhaben, insbesondere in zunehmend heterogenen Gesellschaften. (...) Bürgerkompetenz rüstet den einzelnen dafür, umfassend am staatsbürgerlichen Leben teilzunehmen, ausgehend von der Kenntnis der gesellschaftlichen und politischen Konzepte und Strukturen und der Verpflichtung zu einer aktiven und demokratischen Beteiligung“ (ebd., 20).

Dieser Anspruch wurde in der Entschließung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein „Aktionsprogramm im Bereich Lebenslanges Lernen“ vom 15. November 2006 (Europäisches Parlament 2006) wieder aufgegriffen, indem der Zusammenhang zwischen lebenslangem Lernen und aktiver EU-Bürgerschaft herausgestellt wird. Zur Sprache kommt in Ziel d) die Stärkung der aktiven Bürgerschaft durch lebenslanges Lernen. Ziel i) betont die „Stärkung der Rolle des lebenslangen Lernens bei der Entwicklung eines europäischen Bürgersinns auf der Grundlage der Sensibilisierung für Menschenrechte und Demokratie und deren Achtung sowie bei der Förderung von Toleranz und Respekt für andere Menschen und Kulturen“ (Europäisches Parlament 2006, 49).

Zur Erreichung dieser Zielsetzung wurden seit 2000 unterschiedliche Aktivitäten entfaltet, um die politische und kulturelle Integration der europäischen Bevölkerung und auch ihre Identifikation mit dem Projekt Europa zu fördern (vgl. Milana/Tarozzi 2013; Becker 2012). Nach 1992 wurden viele Programme durch die EU finanziert, die Bildung und Qualifikation der EU-Bürger/innen unterstützen sollten, Programme wie Grundtvig schlossen ausdrücklich Fördermöglichkeiten im Bereich der politischen Bildung mit ein (vgl. Chisholm 2009).

Eine umfassende empirische Erhebung zur Praxis der politischen Bildung bzw. Citizenship Education im Kontext Europas existiert bisher nicht (vgl. Becker 2012). Wichtigste Akteure sind die Europäische Union und der Europäische Rat, aber auch Nichtregierungsorganisationen wie die EAEA¹ oder Netzwerke wie DARE² und Infonet³ nehmen Einfluss durch Aktion und Information. Die letztgenannten sind zudem Anbieter politischer Bildung mit thematischem Bezug zu Europa.

2005 und 2007 hat die EU Erhebungen in Auftrag gegeben, die Aufschluss geben über Stand und Perspektiven von Active Citizenship und die Rolle, die Citizenship Education bei ihrer Entwicklung spielt. Dabei handelt es sich nicht um empirische, umfassende Bestandsaufnahmen der Angebote zu Citizenship Education in den Staaten der Europäischen Union.

Die Untersuchung von Regioplan (2005) zielt als Sekundärdatenanalyse existierender europäischer und internationaler Erhebungen zu Citizenship und Citizenship Education darauf ab, Aussagen über sinnvolle Formen der Förderung von Active Citizenship für alle Altersgruppen zu generieren (vgl. Regioplan 2005, S. 51). Es werden sieben Indikatoren⁴ festgelegt, die Handlungsbereiche von aktiver Bürgerschaft zeigen sowie fünf Indikatoren – Wissen (knowledge), Einstellungen (attitudes), Werte (values), Fertigkeiten (skills) und Lernkultur (culture of education) (Regioplan 2005, III) –, deren Aneignung und Entwicklung für Active Citizenship nach Ansicht der AutorInnen der Studie grundlegend ist.

Deutlich wird in der Diskussion der Ergebnisse, dass eines der Hauptprobleme darin besteht, einen signifikanten Zusammenhang zwischen der Aneignung bestimmter Wissensgebiete in Citizenship Education-Veranstaltungen und daraus resultierendem politischem Handeln nachzuweisen (ebd., 138). Die Studie gibt Empfehlungen für den Aufbau von Monitoring-Prozessen, mithilfe derer regelmäßig der Zusammenhang zwischen politischer Bildung und politischem Handeln auf EU-Ebene gemessen werden könnte. Vorgeschlagen wird entweder, in einem Vier-Jahres-Rhyth-

mus Sekundärdatenanalysen durchzuführen, die im Sinne einer Längsschnittstudie regelmäßig vergleichbare Erhebungen erlauben (ebd., 142), oder ein neues Programm zum Monitoring aufzubauen, das genau auf die Informationsbedürfnisse der EU zugeschnitten wird (ebd., 143 ff.). Im Vordergrund würden Erhebungen der Alterskohorte der 16- bis 17-Jährigen stehen, ergänzt durch Befragungen von Erwachsenen im Rahmen des Adult Education Survey, um Langzeitwirkungen zu erforschen (ebd., 149).

Für die Erhebung der GHK (2007) wurden 57 „best-practice“ Beispiele zu Aktivitäten und Projekten im Rahmen von Active Citizenship in Europa ausgewählt, von denen zehn in Fallstudien vertieft wurden (GHK 2007, S. 14). Die Beispiele zeigen unterschiedliche Zugänge, Zielgruppen, Methoden, Themen und Zielsetzungen. Wichtigstes Ergebnis der Analyse ist, dass die Teilnehmenden v. a. nach Abschluss einer Maßnahme/eines Projekts begannen, aktiv gesellschaftlich zu handeln, wenn die Maßnahmen selbst bereits Aktivität forderten und neben der Vermittlung von Wissen der Handlungstransfer von Beginn an eine wichtige Rolle spielte. Als weitere wichtige Erfolgsfaktoren für Projekte wurden definiert: Inhaltliche Planung unter Einbeziehung der Adressaten; ziel- und inhaltsorientierte methodische Planung und Durchführung; transparentes Projektmanagement; je nach Größe des Projekts Einbeziehung von Partnern; „Government“-Strategien und Einbezug der betroffenen politischen Ebenen; Strategien zur nachhaltigen Wirkung sollten von Beginn an berücksichtigt werden (GHK 2007, 4 f.). In der Studie ging es nicht um eine repräsentative Erhebung aller Aktivitäten in Europa zur Citizenship Education, vielmehr weisen die Autor/innen auf Folgendes hin:

„The sample is used for the more general purpose of identifying and illustrating common strands and patterns in active citizenship education in a variety of contexts. It is aimed to be both analytical, including a qualitative and quantitative analysis of the most interesting characteristics of the practices, and descriptive, highlighting successful approaches that made active citizenship education work.“ (GHK 2007, 17)

Dieses Zitat hebt grundlegende Probleme bei der Beschäftigung mit Active Citizenship und Citizenship Education hervor: Das organisierte Angebot ist vielfältig und unübersichtlich, die Akteure sind nicht alle bekannt, Graswurzelbewegungen spielen ebenso eine Rolle wie die Unterstützung von NGOs, zivilgesellschaftlichen Gruppen, Vereinen usw. Dies ist vermutlich auch der Grund, warum neuere, umfassende empirische Erhebungen zu dem Thema nicht vorliegen.⁵

Politische Bildung: *über*Europa oder *für*Europa?

Wenn man die unterschiedlichen Aktionen und Ansätze der europäischen Politik zur Entwicklung „aktiver Bürgerschaft“ in ihrer Chronologie genauer analysiert fällt auf, dass häufig Fragen zur Wissensvermittlung in den drei Dimensionen von Politik „polity“ (die institutionelle Form), „politics“ (der prozessuale Verlauf) und „policy“ (der

normative Inhalt) im Mittelpunkt stehen. Diese zielen darauf, als politische Bildung *über* Europa die Entwicklung politischer Handlungs- und Partizipationsfähigkeit zu unterstützen.

Allerdings ist der prozedurale und handlungsorientierte Ansatz nicht der einzige. Bereits 1998 hatte die EU einen erweiterten Begriff von Citizenship entwickelt, der über die Definition eines Rechte- und Pflichtenkatalogs bezogen auf die Unionsbürgerschaft hinausgeht.

„Until recently, the concept of citizenship has been more commonly understood in rather static and institutionally dominated terms: being a citizen was primarily a question of the legalities of entitlements and their political expression in democratic polities. The dimensions of identity and inclusion seemed to present few problems for the realisation of citizenship, in that European societies were understood to be essentially homogeneous in ethnic, cultural and linguistic terms — the presence of minorities notwithstanding. Internal difference and diversity may have been registered, but the dominance of majority ‚national‘ ethnicity, culture and language remained largely unquestioned.“ (European Commission 1998, 10)

Die Erkenntnis, dass die EU nicht nur eine übergeordnete politische Einheit darstellt, sondern dass das Zusammenleben auch von der Erfahrung gesellschaftlicher, kultureller und sozialer Diversität geprägt ist, die anerkannt und gleichzeitig gelebt werden muss, führte zu einer neuen Auffassung von Citizenship, die als Dreiklang charakterisiert wird:

„The concept of active citizenship ultimately speaks to the extent to which individuals and groups feel a sense of attachment to the societies and communities to which they theoretically belong, and is therefore closely related to the promotion of social inclusion and cohesion as well as to matters of identity and values. *These are the affective dimensions of active citizenship.* At the same time, people need a basis of information and knowledge upon which they can take action, and to do so with some confidence; *this is the cognitive dimension of active citizenship.* Finally, practising citizenship is about taking action of some kind, and this is above all a matter of gaining experience in doing so: *the pragmatic dimension of active citizenship.*“ (European Commission 1998, 10 ; Hervorhebungen: C. Z.)

Besonders die Anerkennung der affektiven Dimension von Citizenship ist der Bezugspunkt für aktuelle Diskussionen um die Entwicklung einer europäischen Identität, die als komplementäre Ergänzung zur jeweiligen nationalen Identität verstanden wird und als Ausdruck einer besonderen kollektiven Identität (vgl. Zeuner 2006; Kaina 2009; Wulf 2011; Schick 2012).

Diese Idee hat auf verschiedenen Ebenen – bildungsprogrammatisch und in Ansätzen auch in der Bildungspraxis – größeren Einfluss gewonnen und geht in ihrem Gehalt über Wissensvermittlung hinaus. Es geht um eine Bildung *für* Europa, die stärker auf grundlegende gemeinsame Werte rekurriert, wie sie im Vertrag von Lissabon und besonders in der Charta der Grundrechte der EU festgelegt wurden. In diesem Sinn ist sie normativ, es werden Werte wie Demokratie, Menschenrechte, Freiheit und Gleichheit zugrundegelegt, ergänzt durch den Anspruch der Anerkennung von Diversität.

Mit der Idee der Annahme einer europäischen Identität wird ein Konzept der Entwicklung multipler Identitäten verfolgt, die es Menschen ermöglichen, ihre vielfältigen sozialen, politischen und gesellschaftlichen Rollen, die durch die Unionsbürgerschaft erweitert werden, aktiv zu entfalten und zu reflektieren. Es geht darum, ein Bewusstsein für das „Andere“, das „Fremde“ in Relation zum Selbst zu entwickeln. Erst die Wahrnehmung von „Alterität“ (Wulf 2011, 21) ermöglicht dem Subjekt, eine Angleichung an den Anderen und damit auch interkulturelles Verständnis zu entwickeln. „Mehr denn je müssen Bildungsprozesse für Erfahrungen von Alterität geöffnet werden und muss kulturelle Diversität als eine konstitutive Bedingung von Bildung als interkultureller Bildung im Rahmen europäischer Bürgerschaft begriffen werden“ (Wulf 2011, 25).

Mehr noch als bei der Übernahme einer nationalen Identität durch die Bürgerinnen und Bürger eines Staates erfordert die Annahme einer europäischen Identität die Akzeptanz und bewusste Annahme verschiedener Identitäten, die bestimmt sind durch nationale, regionale, religiöse oder ethnische Zugehörigkeit. Wird eine europäische Identität komplementär zur nationalen Identität angenommen, kann sie auch eine Bereicherung für den Einzelnen und die Staaten bedeuten (vgl. Zeuner 2006).

Resümee: Die Rolle der politischen Bildung in einem vereinten Europa

Ziel des Beitrags war es, einen Überblick zum Stand der Diskussion zur politischen Bildung im Kontext Europas auf bildungsprogrammatischer und bildungstheoretischer Ebene zu geben. Citizenship Education wird als ein bildungspraktischer Ansatz gesehen, die Integration der Bürgerinnen und Bürger in die EU zu unterstützen und die Akzeptanz der EU zu erhöhen. Die Analyse bildungspolitischer Dokumente der EU zeigt, dass auf europäischer Ebene eine intensive Debatte zu dem Thema geführt wird. Es wird aber auch deutlich, dass weder umfassende Erhebungen zu Konzeptionen und Angeboten zu Citizenship Education vorliegen, noch aktuelle Forschungsergebnisse zum Erfolg und Transfer der verschiedenen Maßnahmen und Initiativen. – Die erwähnten Untersuchungen definieren allgemeine Erfolgskriterien für Citizenship Education (Regioplan) bzw. stellen „best practice“-Ansätze modellhaft vor (GHK), sie spiegeln aber kein umfassendes Bild der Angebotslandschaft zu Citizenship Education in Europa.

Die Dokumente geben in erster Linie die Überzeugung der Europäischen Kommission wider, Citizenship Education als erfolgsversprechenden Ansatz zu werten, „active citizenship“ der europäischen Bürger/innen zu unterstützen und damit auch

die Entwicklung einer politischen und kulturellen Identität mit Europa zu fördern. Damit soll zur Integration und gegenseitigem Verständnis beigetragen werden und so zur Akzeptanz und langfristigen Stabilität Europas – ungeachtet aktueller Krisen.

„Versteht man Demokratie nicht als ein bloßes Regelsystem, das ein für alle Mal gelernt und beachtet wird, sondern als eine Lebensform, dann ist politische Bildung, die verschiedene Bauelemente wie Orientieren, Wissen, Lernen, Erfahren und Urteilkraft miteinander verknüpft, substantielle Grundlage einer zivilen Gesellschaftsordnung. Es liegt auf der Hand, dass bei einem so schwierigen Einigungsprozess wie dem Europas, der die eigentümlichen Traditionen und die Souveränitätsrechte sehr verschiedener Nationen antastet, die Bildung politischer Urteilkraft zentrales Medium einer friedlichen und solidarischen Kommunikation zwischen den Menschen sein muss.“ (Negt 2012b, S. 61; Hervorhebung im Original, C. Z.)

Anmerkungen

- 1 „European Association for the Education of Adults“, www.eaea.org
- 2 „Democracy and Human Rights Education in Europe“, www.dare-network.eu
„European Infonet Adult Education“, www.infonet-ae.eu
- 4 Diese sind: „Voluntary work in organisations and networks; organising activities for the community; vote in elections; participation in political parties; participation in interest groups; participation in forms of peaceful protest; participation in public debate.“ (Regioplan 2005, II)
- 5 Der Bericht „Citizenship Education in Europe“, den die „Education, Audiovisual and Culture Executive Agency 2012 veröffentlicht hat, setzt sich mit Citizenship Education in der Schule auseinander. Dabei geht es um Curricula, Partizipation von Schülern und Eltern, Governance-Strukturen, Lehrerbildung und Monitoring (vgl. EACEA/Eurydice 2012).

Literatur

- Beck, U./Grande, E. (2004): Das kosmopolitische Europa. Gesellschaft und Politik in der zweiten Moderne. Frankfurt a. Main.
- Becker, H. (2012): Politische Bildung in Europa. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 62, 46-47, S. 16-22.
- Chisholm, L. (2009): „Bildung in Europa“. In: Tippelt, R./Schmidt, B. (Hrsg.): Handbuch Bildungsforschung. Wiesbaden, S. 233-247.
- EACEA/Eurydice (2012): „Citizenship Education in Europe.“ Brussels: Eurydice. Doi: 10.2797/83012. eacea.ec.europa.eu/education/eurydice/documents/thematic_reports/139EN.pdf (Abruf: 17.09.2013)
- Eppler, A. (2013): Legitimation durch interparlamentarische Zusammenarbeit? In: Aus Politik und Zeitgeschichte Jg. 63, 6-7, S. 30-36.
- Europäische Kommission (2007): Programmleitfaden – Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger zur Förderung einer aktiven europäischen Bürgerschaft“ (2007-2013). Brüssel. eacea.ec.europa.eu/citizenship/guide/documents/programme_guide_de.pdf (Abruf: 17.09.2013)

- Europäische Union (2010): Konsolidierte Fassungen des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union. Brüssel: Amtsblatt der Europäischen Union 53. Jahrgang, C 83, 30. März 2010. bookshop.europa.eu/ISBN/INTERSHOP.enfinity/WFS/EU-Bookshop-Site/de_DE/-/EUR/View?Publication-Start?PublicationKey=FXAC10083 (Abruf: 17.09.2013)
- Europäischer Rat (2000): Schlussfolgerungen des Vorsitzes. Lissabon 23. und 24. März 2000. SN100/00 www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/00100-r1.d0.htm (Abruf: 17.09.2013)
- Europäisches Parlament und Europäischer Rat (2006): Beschluss Nr. 1720/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. November 2006 über ein Aktionsprogramm im Bereich des lebenslangen Lernens. Amtsblatt der Europäischen Union L 327/45 vom 24.11.2006. eur-lex.europa.eu/lex/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2006:327:0045:0068:DE:PDF (Abruf: 17.09.2013)
- European Commission (1998): „Education and active citizenship in the European Union“. Luxemburg: Office for Official Publications for the European Communities. bookshop.europa.eu/en/education-and-active-citizenship-in-the-european-union-pbC21698675/ (Abruf: 17.09.2013)
- European Commission (2013): EU Citizenship Report 2013. EU citizens: your rights, your future. Brussels. bookshop.europa.eu/de/bericht-ueber-die-unionsbuergerschaft-2013-pbDS3013592/?CatalogCategoryID=_kaep2OwrVMAAAEE8WAtiz3EK (Abruf: 17.09.2013)
- GHK (2007): „Study on Active Citizenship Education“. Final Report. February 2007. ec.europa.eu/education/more-information/doc/activecit_en.pdf (Abruf: 17.09.2013)
- Guérot, U. (2013): Zukunft der europäischen Demokratie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg. 63, 6-7, S. 3-10.
- Kaina, V. (2009): Wir in Europa. Kollektive Identität und Demokratie in der Europäischen Union. Wiesbaden.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2000): Memorandum über Lebenslanges Lernen. Brüssel, 30. Oktober 2000. www.die-frankfurt.de/esprid/dokumente/doc-2000/EU00_01.pdf (Abruf: 17.09.2013)
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2001): Europäisches Regieren – Ein Weißbuch. (Kom 2001/428 endg.). Brüssel 27.7.2001. eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2001/com2001_0428de01.pdf (17.09.2013)
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2005): Empfehlungen des Europäischen Parlaments und des Rates zu Schlüsselkompetenzen für Lebenslanges Lernen. (Kom 2005/548 endg.). Brüssel 10. November 2005. ec.europa.eu/education/policies/2010/doc/keyrec_de.pdf (Abruf: 17.09.2013).
- Lübbe-Wolf, G. (2009): Die Internationalisierung der Politik und der Machtverlust der Parlamente. In: Brunkhorst, H. (Hrsg.): Demokratie in der Weltgesellschaft. Soziale Welt. Sonderband 18, Baden-Baden, S. 127-142.
- Milana, M./Tarozzi, M. (2013): It's about us! Reflections on Education for Active Citizenship within the European Union. In: LInE. Lifelong Learning in Europe, 2, 2013. www.lline.fi/en/article/research/22013d/it-s-about-us-reflections-on-education-for-active-citizenship-within-the-european-union (Abruf: 17.09.2013)
- Negt, O. (2012a): Nur noch Utopien sind realistisch. Politische Interventionen. Göttingen.
- Negt, O. (2012b): Gesellschaftsentwurf Europa. Göttingen.
- Oeter, S. (2009): Die Europäische Union zwischen organisierter Verantwortungslosigkeit und föderaler Konkordanzdemokratie. In: Brunkhorst, H. (Hrsg.): Demokratie in der Weltgesellschaft. Soziale Welt. Sonderband 18. Baden-Baden, S. 405-435.
- Regioplan (2005): Indicators for monitoring active citizenship and citizenship education. Final report. Publication No. 1261d. Amsterdam: Regioplan Beleidsonderzoek ec.europa.eu/education/more-information/doc/citizenship_en.pdf (Abruf: 17.09.2013)

- Schick, S. (2012): Kann man eine neue europäische Identität schaffen? Eine Beschreibung EU-initiiertes bildungspolitischer Versuche und deren Umsetzungen in Deutschland und Spanien. Marburg.
- Schmidt, S./Schünemann W. J. (2009): Europäische Union. Eine Einführung Europa. Baden-Baden.
- Schreiber-Barsch, S./Zeuner, C. (2007): International – supranational – transnational? Lebenslanges Lernen im Spannungsfeld von Bildungsakteuren und Interessen. In: Zeitschrift für Pädagogik 53, S. 686-703.
- Wulf, C. (2011): Bildung für eine europäische Bürgerschaft: eine interkulturelle Aufgabe. In: Delory-Momberger, C./Gebauer, G./Krüger-Potratz, M./Montandon, C./Wulf, C. (Hrsg.): Europäische Bürgerschaft in Bewegung. Münster, S. 13-26.
- Zeuner, C. (2006): Citizenship Education – Brücke zu einer europäischen Identität? In: Tertium Comparationes 12, 1), S. 73-97.
- Zeuner, C. (2010): Politische Erwachsenenbildung. Zielsetzungen, Aufgaben und Perspektiven. In: Hessische Blätter für Volksbildung 60, 4, S. 305-314.